

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 spbn d

## Inhalt

Josef Vosen MdB zieht  
Schlußfolgerungen aus der  
Reaktor-Katastrophe in  
Tschernobyl: Kernkraft neu  
überdenken.

Seite 1

Joachim Poß MdB hinter-  
fragt Stoltenbergs Steuer-  
reformpläne: Wer soll das  
bezahlen!

Seite 3

Manfred Reimann MdB hält  
der Union vor, die „neue  
Armut“ zu leugnen: Bereits  
viele junge Menschen im  
Elend.

Seite 5

41. Jahrgang / 86

7. Mai 1986

### Kernkraft neu überdenken

Schlußfolgerungen aus der Katastrophe in Tschernobyl

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Forschung und  
Technologie des Deutschen Bundestages

Die Kernkraftkatastrophe in Tschernobyl hat die Risiken der modernen Technik und die Grenzen ihrer Beherrschbarkeit in erschreckender Weise ins allgemeine Bewußtsein gerufen.

Auch vor der Katastrophe in Tschernobyl gab es Risiko- und Sicherheitsberechnungen, die solch einen Unfall praktisch ausgeschlossen. Wenn in der Bundesrepublik „ein solcher Unfall“ nicht passieren könnte, bedeutet das aber prinzipiell nicht, daß nicht ein anders gearteter schwerer Unfall passieren kann, der ebenfalls vorher als „praktisch ausgeschlossen“ qualifiziert war.

Angesichts des unermeßlichen Schadens, der durch Tschernobyl jetzt angerichtet worden ist, müssen wir uns die Frage nach dem Nutzen der Kernkraft nochmals völlig neu stellen. Dies heißt insbesondere, daß wir die Richtung unserer Energiepolitik, die schon zu über 30 Prozent Elektrizitätserzeugung auf dieser gefährlichen Technik aufbaut, überdenken müssen. Ich bin davon überzeugt, daß es durch verstärkte Forschung und Entwicklung auf dem Sektor der alternativen Energie und der umweltverträglichen Kohlenutzung, vor allem aber durch neue Techniken der Energieeinsparung gelingen kann, eine Strategie für eine risikoärmere Energiezukunft zu verwirklichen.

Es ist sinnvoll, daß wir den Ausstieg aus der Kernenergie-Nutzung, so wie er auf dem Essener Parteitag der SPD im Mai 1984 in grossen Linien skizziert worden ist, jetzt mittelfristig konkretisieren.

Angesichts der Tatsache, daß wir in der Bundesrepublik 19 Kernkraftwerke (KKW) in Betrieb, fünf in Bau und neun weitere in der Planung haben, angesichts auch der Tatsache, daß wir in der Bundesrepublik von schwedischen (zwölf), finnischen (vier), vielen russischen, jugoslawischen (eins), italienischen (drei), spani-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
with 100% recycled  
Recycling-Paper



schen (acht), schweizerischen (fünf), französischen (44), belgischen (acht), niederländischen (zwei) und englischen (19) KKW geradezu umstellt sind, müssen wir auch auf unsere europäischen Nachbarn einwirken, eine risikoärmere Energiestrategie einzuschlagen.

Die Forderung der SPD, daß die Kernenergie nur für eine Übergangszeit genutzt werden darf, muß deshalb jetzt konkret bedeuten:

- Es darf kein Neubau eines Kernkraftwerkes mehr genehmigt werden, die Planungsarbeiten für Neubauten müssen eingestellt werden.
- Bei den im Bau befindlichen Anlagen muß entsprechend ihrem unterschiedlichen Baufortschritt überprüft werden, ob sie noch ans Netz gehen sollen; eine mögliche Inbetriebnahme darf nur gegen das Abschalten eines alten Kernkraftwerkes erfolgen.
- Parallel müssen konkrete Einsparprogramme für Primär- und Endenergie aufgestellt werden mit dem Ziel, binnen fünf bis acht Jahren 60 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten Primärenergie weniger zu verbrauchen als im vergangenen Jahr.
- Umweltfreundliche Kohlekraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung müssen verstärkt genutzt werden.
- Der Schnelle Brüter in Kalkar darf auf keinen Fall in Betrieb gehen.
- Es darf keine Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstoffe geben, in Sonderheit darf die Anlage in Wackersdorf nicht gebaut werden.
- Es müssen Zeitpläne zur Abschaltung aller laufenden Kernkraftwerke in einem Zeitrahmen von 15 bis 20 Jahren ausgearbeitet werden.
- Die Maßnahmen zur Entsorgung der kerntechnischen Abfälle in Zwischen- und Endlagern müssen erheblich forciert werden.
- Alle laufenden Kernkraftwerke müssen ständigen laufenden verschärften Kontrollen zur Reduzierung des Restrisikos unterworfen werden.
- Mit unseren europäischen Nachbarn, aber auch mit den übrigen weltweiten Nutzern der Kernenergie, müssen Ausstiegsprogramme und gleichzeitig Programme zur Verschärfung der Reaktorsicherheit während der Übergangszeit verhandelt werden.
- Vereinbarungen über den internationalen Informationsaustausch über Störfälle und Vereinbarungen über Hilfeleistung und Schadensersatz müssen geschlossen werden.

(-/7.5.1986/rs/ks)

\* \* \*

Zur Großen Steuerreform 1990/1992

Wie denkt sich Stoltenberg die Finanzierung?

Von Joachim Poß MdB  
Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Die zweite Stufe der größten Steuerreform aller Zeiten liegt 1988 noch vor uns. Das ist die Stufe, bei der nur noch die „Leistungsträger“ mit Einkommen über 3.700 DM bei der Verteilung von neun Milliarden DM bedacht werden. Offensichtlich von der miserablen öffentlichen Resonanz über seine Steuerreform getroffen, überlegt Dr. Stoltenberg laut, ob er nicht der zweiten Stufe der Tarifabsenkung ein sozialeres Aussehen dadurch verschaffen soll, daß er die Grundfreibetrags-erhöhung entsprechend den Vorstellungen der bayerischen Landesregierung noch ins Jahr 1988 vorziehen soll. Stoltenberg selbst bringt damit die Diskussion über die Steuersenkungen 1990/1992 wieder in Gang. Eine Diskussion, in der die Koalition ihre steuerpolitischen Ziele für die nächste Legislaturperiode so verwirrend wie überhaupt denkbar in die Welt setzt. Bisher kann man hier nur Ankündigungen und Versprechungen sehen, kann man nur von Widersprüchen und Gegensätzlichkeiten lesen.

Wie sehen die letzten Vorstellungen von CDU/CSU und FDP über die Ausgangsbedingungen jeder Steuerreform aus, nämlich über das Volumen der Steuersenkung? Dr. Stoltenberg ist bei seinem Versprechenswettbewerb mit dem FDP-Vorsitzenden Bangemann inzwischen auf einen Steuerreformprogrammumfang von etwa 40 bis 46 Milliarden DM gekommen. „Der ganz überwiegende Teil dieser Größenordnung aber muß natürlich eine echte Entlastung sein“ (so Stoltenberg in Süddeutsche Zeitung vom 19. April 1986). Das heißt dann ja wohl, daß die Nettoentlastung etwa 25 Milliarden DM betragen soll.

Nach Stoltenbergs eigener Modellrechnung (BMF-Schriftenreihe Nr. 36) beträgt sein „Steuersenkungsspielraum“ 1992 - allein durch eine Absenkung der Steuerquote auf 22,6 von Hundert (= 0,3 von Hundert jährlich gegenüber der Steuerquote von 1989) - rund 23 Milliarden DM.

Und wie soll der „Rest von 15 bis 20 Milliarden DM finanziert werden? Hier vernebelt Dr. Stoltenberg noch die von ihm erhofften Finanzierungsquellen: durch Abbau von Steuersubventionen in Größenordnungen von acht bis zehn Milliarden DM und „im Bereich der indirekten Steuern durch einige Korrekturen und einzelne Erhöhungen“ (Interview im „Express“ vom 27. Februar 1986).



durch „eine begrenzte Korrektur bei den indirekten Steuern unter dem Vorzeichen der europäischen Steuerharmonisierung“ (Süddeutsche Zeitung vom 19. April 1986). Mit anderen Worten, Stoltenbergs Finanzierungsquellen liegen in der Größenordnung von zehn bis zwölf Milliarden DM in der Erhöhung der Umsatz- und Verbrauchssteuern.

Nach Stoltenbergs Erklärungen und Adam Riese heißt das CDU-Konzept also: 25 Milliarden DM Nettoentlastung, acht bis zehn Milliarden DM Subventionsabbau und zwölf Milliarden DM Umschichtungen durch Erhöhung der indirekten Steuern. Dagegen aber steht die CSU-Konzeption von einem Steuersenkungsvolumen von 38 Milliarden DM mit der klaren Aussage der bayerischen Landesregierung: „Kompensation, das heißt Steuerermäßigungen abzufangen, das kommt für uns nicht in Frage.“ Bei der Höhe der Steuersenkungen liegt die CSU also um rund 13 Milliarden DM von der CDU entfernt. Die FDP dagegen will die Steuersubventionen nicht um acht bis zehn Milliarden DM kürzen wie Stoltenberg, sondern um 25 Milliarden DM; dafür lehnt sie kompensierende Verbrauchssteuerrhöhungen ab. Einen konkreten Vorschlag über die „Restfinanzierung“ hat der schleswig-holsteinische CDU-Finanzminister Asmussen Anfang April 1986 vorgelegt: Die Erhöhung der Umsatzsteuer auf m i n d e s t e n s 15 von Hundert beziehungsweise 7,5 von Hundert und die Streichung zahlreicher Steuervergünstigungen.

Wie der Bundesfinanzminister Steuersubventionen im Umfang von acht bis zehn Milliarden DM abzubauen will, nachdem er mit seinen Kürzungsvorschlägen in einem Volumen von 3.030 Millionen DM im März 1984 schon in der Koalition gescheitert ist, das versieht Dr. Stoltenberg selbst ständig mit Fragezeichen. Aber auch diese Skepsis ist nur ein Alibi! Was bedeuten denn Stoltenbergs Vorbehalte beim Subventionsabbau? Sie heißen doch nichts anderes, als daß die Finanzierungsvorstellungen Stoltenbergs nahe bei denen seines schleswig-holsteinischen Kollegen Asmussen liegen. Wer 45 Milliarden DM finanzieren will, der kommt eben ohne die „mindestens“ zwei von Hundert Mehrwertsteuererhöhung (und/oder Mineralölsteuererhöhung) unter dem europäischen Vorwand nicht aus. Hier bestreitet also Stoltenberg nur eine Festlegung, nicht aber die Absicht zur Erhöhung der indirekten Steuern mit einem Volumen von weit mehr als zehn oder 15 Milliarden DM. Ist dieses Durcheinander für den Bürger eine klare steuerpolitische Konzeption vor der Wahl? Hier ist der Bundesfinanzminister in den nächsten Wochen noch aufgerufen, Ordnung zu schaffen und ein klärendes Wort zu sagen.

(-/7.5.1986/rs/ks)

\* \* \*



Von „neuer Armut“ will die Union nichts mehr wissen

Dabei treibt der Bankrott ihrer Sozial- und Beschäftigungspolitik bereits viele junge Menschen ins Elend

Von Manfred Reimann MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

„Eine Sozialpolitik, die den Anspruch erhebt, mehr Menschlichkeit und mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, muß Antwort auf die sozialen Probleme ihrer Zeit geben.“ Im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 entdeckte der damalige rheinland-pfälzische Sozialminister Heiner Geißler die „neue soziale Frage“. Der CDU-Politiker, nicht gerade pingelig wenn es um die Diffamierung des politischen Gegners geht, sorgte sich um die Menschenwürde in der Bundesrepublik.

„Auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es noch bittere Armut“, klagte Geißler und führte dazu die „bestürzende Entwicklung“ der Kosten für Sozialhilfe an: 1973 habe der Sozialhilfeaufwand 5,7 Milliarden DM betragen und 1974 sogar rund 7,1 Milliarden DM. Dabei sei die Sozialhilfe nur „die Spitze des Eisbergs“ und gebe kaum Aufschluß über das tatsächliche Ausmaß der Armut. Geißler errechnete - wie sich nachweisen ließ, völlig zu Unrecht - ein Armutspotential von circa sechs Millionen Menschen in der Bundesrepublik.

Heute will die Union von diesem Problem nichts mehr wissen. Und dies obwohl in ihrer Regierungszeit auf allen Gebieten der Sozialpolitik ausschließlich Negativrekorde erreicht wurden und die Kluft zwischen arm und reich in der Bundesrepublik immer größer wird. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich in den letzten Jahren drastisch erhöht, während die Sozialhilfesätze nur unzureichend angepaßt wurden. Immer mehr Menschen in der Bundesrepublik leben unterhalb der Schwelle des Existenzminimums.

Heute macht sich die Union nicht mehr zum Anwalt der „vergessenen Armen“, sondern tut „das Gewäsch von der neuen Armut“ als „Propagandalüge“ - so der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel - ab.

Bei einem jährlichen Durchschnitt von 2,3 Millionen Arbeitslosen (1985) haben sich die sozialen Folgekosten drastisch erhöht: allein die Ausgaben für Sozialhilfe sind bis 1984 auf 20,4 Milliarden DM und im Jahre 1985 auf 22,5 Milliarden DM angestiegen und steigen weiter.

Institutionen unterschiedlichster politischer Ausrichtung kommen in ihren Untersuchungen zu alarmierenden Ergebnissen:

- Nach der jüngsten Umfrage des Deutschen Städtetages stieg der Personenkreis der Sozialhilfeempfänger 1985 überdurchschnittlich um 14 Prozent. Schon 1984 haben insgesamt 2,6 Millionen Menschen Sozialhilfe bezogen, die Hälfte davon war unter 25 Jahre alt. Als Hauptursache der enormen Ausgabensteigerung der Sozialhilfe um bundesweit 16 Prozent wird die Zunahme der Langzeitarbeitslosen genannt. In einigen Städten mache der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger inzwischen schon 40 Prozent aus.
- Immer mehr arbeitslose Berufsanfänger werden zu Sozialhilfeempfängern. Nach einer Studie der Universität Braunschweig zum Thema „Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug“ hat sich die These „Arm ist, der immer schon arm war“ als nutzlos erwiesen. In Braunschweig war im Frühjahr 1985 jeder sechste Arbeitslose zugleich Sozialhilfeempfänger. Unter diesen sind die 18- bis 35jährigen mit 53 Prozent „überproportional vertreten“. Die Professoren kommen zu der erschreckenden Prognose, „daß hier eine Gruppe, gerade 18- bis 35jährige auch mit beruflicher Qualifikation, in die dauernde Abhängigkeit vom Sozialamt hineintruscht“.



- Auch das Gelsenkirchener „Aktuelle Forum Nordrhein-Westfalen“, das sich der politischen Weiterbildung Jugendlicher widmet, beklagt, daß die Zahl der jugendlichen Sozialhilfeempfänger sich ständig vergrößere, während die Jugendpolitik in unserer Gesellschaft inzwischen ein Schattendasein führt. „Einer jungen Generation, die man vorschnell als Aussteigergeneration etikettiert hat, wird offensichtlich der Einstieg in die Gesellschaft verwehrt“, so der Vorsitzende des Aktuellen Forums, Helmut Hellwig.
- Eine Studie der Stadt Essen zur Struktur arbeitsloser Sozialhilfeempfänger kommt zu dem bitteren Fazit, daß sich die Dauerarbeitslosigkeit, die Betroffene vom Arbeitslosengeld in die Sozialhilfe abrutschen läßt, verfestigt und weiter anwachsen wird. Der Anteil der Jugendlichen an den arbeitslosen Sozialhilfeempfängern sei schockierend hoch. Als Grund wird angeführt, daß viele Jugendliche keine Lehrstelle erhalten - 1985 lag die Zahl der abgeschlossenen Lehrverträge deutlich unter der des Vorjahres - oder nach der Ausbildung nicht übernommen würden und somit keine Chance bekämen, Leistungsansprüche gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit zu erwerben.
- Die Arbeitsgemeinschaft der Caritas-Verbände Rheinland-Pfalz - ansonsten sehr zurückhaltend in der Bewertung sozial- und wirtschaftspolitischer Fakten - hält es für unbestritten, daß die Regelsätze der Sozialhilfe den notwendigen Lebensbedarf nicht mehr decken können und daß ein Rückweg aus dem „sozialen Abseits“ für die Betroffenen oft kaum möglich sei. Der Caritas-Verband beweist an vielen Beispielen die restriktive und vielfach rechtswidrige Vergabepaxis der Sozialhilfe, die immer mehr leistungsfähige und leistungswillige zum Beispiel junge arbeitslose Menschen aus der Gesellschaft ausgrenze und mit Begriffen wie Menschenwürde und Gleichheit nach dem Grundgesetz oftmals nichts mehr gemein habe. Dabei würden „nach unbestrittenen Schätzungen... die Sozialhilfeleistungen nur von etwa 50 bis 60 Prozent der Berechtigten in Anspruch genommen“. Die Dunkelziffer der nicht registrierten Armen dürfte also bei mindestens 1,5 Millionen Menschen liegen.

Vor zehn Jahren war sich die Union des „Drucks, der von der Arbeitslosigkeit auf die Sozialhilfe ausgeht“ bewußt, heute tut die liberal-konservative Bundesregierung alles, um vom Bankrott ihrer Sozial- und Beschäftigungspolitik abzulenken. Eine junge Generation wird von dieser Bundesregierung nach dem Motto „Du hast keine Chance, aber nutze sie“ gesellschaftlich ausgegrenzt, während man versucht, die angebliche Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Vorruhestandsregelung hochzujubeln. Der Mangel an Arbeitsplätzen und die Dunkelziffer der neuen Armut in der Bundesrepublik sollen als Realität verdrängt und verschwiegen werden.

„Wie breit muß eigentlich Armut sein, um als verbreitetes Elend anerkannt zu werden?...“, fragte Norbert Blüm 1976. Das fragen wir uns auch, Herr Blüm!  
(-/7.5.1986/rs/ks)

\* \* \*

